

TOP _: **Grundsatzbeschluss:**
 Kommunales Vorgehen der Stadt Kempten hinsichtlich des geplanten
 Ausbaus des neuen Mobilfunkstandards "5G"

Sachverhalt: Vor wenigen Monaten hat der Bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ein Schreiben an alle bayerischen Ober- und Bürgermeister versendet. Dieses mit der Bitte, die Ausbaubestrebungen und insbesondere die Standortsuche für den Mobilfunkstandard „5G“ aktiv zu unterstützen.

Der Tenor dieses Ansuchens ist folgender:

Bayern sei der Wirtschaftsmotor Deutschlands und bayerische Unternehmen bräuchten daher für die digitale Zukunft schnell verfügbares und preisgünstiges 5G. Bayern müsse daher die Verbreitung von 5G-Technologien aktiv vorantreiben, um die bayerische Wirtschaft zukunftsfähig zu erhalten.

Der Wirtschaftsminister formuliert, dass die Ober- und Bürgermeister damit eine Mitverantwortung darüber hätten, die bayerische Wirtschaft durch die Unterstützung der Ausbaubestrebungen des 5G-Standards leistungsfähig zu erhalten, Zitat: *„Ich bin der Überzeugung, dass die Bürgermeister bei dem Thema die Schlüsselrolle einnehmen, draußen die Bürger mitzunehmen und sie davon zu überzeugen, damit sie einen Mobilfunkstandort überhaupt akzeptieren.“*

Die Bürger sind hingegen der Ansicht, dass dieses Thema inzwischen die Allgemeinheit bewegt und auch besorgt. Es sollte deshalb nicht im Büro des Ober- und Bürgermeisters bleiben, sondern vom Stadtrat bzw. Gemeinderat gehört und in öffentlichen Sitzungen für alle transparent diskutiert werden.

In einigen bayerischen Kommunen regte sich inzwischen bereits erheblicher Widerstand gegen die geplante Vorgehensweise des bayerischen Wirtschaftsministers und es wurden **Moratorien zum 5G-Ausbau** beschlossen. Auch europäische Großstädte, Brüssel oder Genf haben sich zu 5G-Moratorien bekannt.

Besorgnis besteht vor allem über die folgenden Tatsachen, die den Ausbau des Mobilfunkstandards „5G“ betreffen:

- 5G sendet auf einer anderen Wellenlänge als UMTS und LTE (UMTS und LTE senden auf der Basis von Mikrowellenstrahlung ca. 2 GHz), 5G wird in höheren Frequenzbereichen senden. Hierzu gibt es bislang keine belastbaren Untersuchungen hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und Tieren sowie der Auswirkungen auf die Pflanzenwelt. Sogar das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das dem Bundesumweltministerium untersteht und daher der politischen Linie der Bundesregierung folgt, mahnt, dass die Frequenzen, auf denen 5G sendet „noch nicht so gut erforscht“ seien und dass daher „zu einem umsichtigen Ausbau“ geraten werde (vgl. <https://www.bfs.de/SharedDocs/Stellungnahmen/BfS/DE/2019/0320-5G.html>).
- Die höheren Frequenzen haben den Vorteil, dass weit größere Datenmengen (was direkt mit einer höheren Strahlenbelastung konjugiert) übertragen werden können, aber den Nachteil, dass die Reichweite der Antennen sehr viel geringer ist. Das hat zur Folge, dass die maximale Reichweite wenige 100 m beträgt. Geplant wird aber auch mit sehr viel kleineren Antennen, die bspw. an Lichtmasten montiert werden und nur wenige 10 m Sendereichweite haben. Dies hätte zur Folge, dass sich die Standorte für Mobilfunkanlagen vermehren werden. Kempten hat momentan 58 Basisstationen mit 516 Sendern auf Ortsgebiet (<https://emf3.bundesnetzagentur.de/karte/>). Bei

flächendeckendem Einsatz von 5G würde sich diese Anzahl vervielfachen (gemäß BfS bis zum 10fachen der bisherigen Sendeleistung).

- Bei den hohen Datenmengen die übertragen werden sollen, steigt der Energieverbrauch eminent an. Problem hierbei ist auch, dass die Sendeleistung nicht zielgerichtet erfolgt, sondern ungerichtet an die Umwelt abgegeben wird. Ein Großteil dieser Energie verpufft somit nutzlos. Dies stellt eine sehr fragwürdige Lösung dar in Zeiten, in denen von allen Seiten **mehr Klimaschutz** gefordert wird. Auch der Energiebedarf für mehr Rechenzentren wegen Smart Home und Smart City ist der Umwelt nicht zuträglich.
- Die Ersteigerung der 5G-Lizenzen hat bei den Mobilfunkanbietern sehr hohe Kosten verursacht. Dies führt dazu, dass der Breitbandausbau (Verlegung von Glasfaserkabeln) nicht mehr wie bisher vorangetrieben werden kann, da die finanziellen Mittel für den 5G-Ausbau verplant werden.
Als Kommune sollte man sich die Frage stellen: möchte man dieses Vorgehen tatsächlich unterstützen?
- Es können zahlreiche Baumfällungen notwendig werden, da Bäume im näheren Umkreis der Antennen die Strahlungsleistung stark vermindern bzw. ein vollständiges Hindernis darstellen. Dies kommt daher, weil es sich bei der Strahlung einerseits um Elektrizität handelt, die von den Bäumen in den Boden abgeleitet wird (Bäume sind „geerdet“ und leiten Elektrizität in den Boden). Andererseits werden, je höher die verwendeten Frequenzen sind (5G im Bereich von ca. 6 bis 26 GHz) sowohl die Durchdringung von Körpern als auch die Reflexionen gegen Null gehen.
- Demzufolge wird in keinem Gebäude 5G empfangbar sein. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss also die Breitbandversorgung mit Glasfaser für jedes Gebäude im Stadtgebiet (also „bis zur letzten Milchkanne“) verfügbar sein.

Kempten (Allgäu) ist auch ein Gesundheits- und Klimaschutzstandort.

Welche Folgen aber hat es, wenn die Stadt - ungeprüft und undiskutiert - dem Ansinnen des Bayerischen Wirtschaftsministers nachkommt und mutmaßlich mehrere zusätzliche Dutzend Mobilfunkstandorte „durchwinkt“ deren Strahlenbelastungen auf Menschen und Umwelt ungeprüft ist?

Wird der Stadtratsbeschluss vom 13.11.2008 zur Immissionsminderung durch einen 5G-Ausbau negiert?

Kann sich Kempten durch diesen immensen zusätzlichen Energiebedarf (SmartCity, Smart-Home) noch als „Klimahauptstadt“ mit dem *cambonatura* Leitmotiv identifizieren?

Wird durch den 5G-Ausbau der Mobilfunknetze der notwendige, flächendeckende Breitband-Glasfaser-Ausbau verhindert (durch falsche Anreize für die Kommunikationskonzerne)?

Das wirft Fragen auf, die direkt auf die gesetzten Ziele unseres Ortes abzielen!

Es geht hier keineswegs darum, technikfeindlich sein zu wollen. Aber wenn man eine breite Zustimmung in der Bevölkerung für neue Technologien erreichen möchte, sollte man die Diskussion darüber aus den Hinterzimmern herausholen.

Beschluss:

Die Stadt Kempten steht einem ungeprüften Ausbau des geplanten Mobilfunkstandards 5G kritisch gegenüber, da die Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und Tieren sowie die Auswirkungen auf die Umwelt noch nicht ausreichend erforscht sind.

Der EU-Vorsorgepolitik wird seitens der Stadt Vorrang eingeräumt. Die Warnungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) werden in Form eines Moratoriums zum 5G-Ausbau war genommen.

Die Stadt verpflichtet sich daher, jedes Ansinnen von Telekommunikationsunternehmen, das auf einen Ausbau des 5G-Netzes bzw. auch auf die Unterstützung für die Suche von künftigen Antennenstandorten abzielt, in öffentlicher Sitzung des Stadtrates/des Umweltausschusses mit Verweis auf das Moratorium zu verschieben.

Das Gremium verweist darauf, dass es hinsichtlich dieser Entscheidung keineswegs darum geht, technikfeindlich zu sein, sondern ausschließlich darum, die notwendige Verantwortung für den Gesundheits- und Klimaschutzstandort Kempten wahrnehmen zu müssen. Als Zukunftsprojekt wird dem vollständigen Ausbau des Glasfasernetzes der Stadt höchste Priorität eingeräumt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diesen Sachverhalt bei der nächsten Sitzung des Vorstandes des bayerischen Städtetages vorzustellen, mit dem Ziel, bayernweit einheitlich zu agieren.